

**URGENT ACTION**

# **JOURNALISTIN WEGEN VERLEUMDUNG ANGEKLAGT**

**NIGER**

UA-Nr: **UA-117/2020** AI-Index: **AFR 43/2668/2020** Datum: **8. Juli 2020** – dm

**SAMIRA SABOU**

**Die Journalistin und Präsidentin der Vereinigung nigrischer Blogger\_innen, Samira Sabou, wurde am 10. Juni 2020 der Verleumdung in den sozialen Netzwerken angeklagt und sofort in ein Gefängnis in Niamey überstellt.**

Am 9. Juni wurde Samira Sabou, Journalistin und Betreiberin der Website *mides-niger.com*, vom leitenden Ermittlungsrichter des Obersten Gerichtshofs von Niamey im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen gegen Regierungsbeamt\_innen vorgeladen. Als sie am Mittwoch, dem 10. Juni, der Vorladung des Richters nachkam, legte dieser ihr einen Haftbefehl vor, der nichts mehr mit der ursprünglichen Anklage zu tun hatte. Stattdessen wurde sie auf Grundlage einer Anzeige von Sani Mahamadou Issoufou der Verleumdung angeklagt. Sani Mahamadou Issoufou ist der Sohn des nigrischen Präsidenten und dessen stellvertretender Regierungschef. Er erstattete Anzeige gegen die Journalistin, nachdem ein Facebook-User seinen Namen in einem Kommentar auf einen von Samira Sabous am 26. Mai veröffentlichten Facebook-Post zu Korruptionsvorwürfen erwähnt hatte. Samira Sabou selbst hatte den Namen des Präsidentensohns nicht genannt. Der Fall gilt als politisch motiviert und ist Teil des scharfen Vorgehens gegen Menschenrechtler\_innen, Aktivist\_innen und Journalist\_innen, die nach dem Leak eines Prüfungsberichts des Verteidigungsministeriums das Thema Korruption auf hoher Ebene ansprechen.

Amnesty International hat immer wieder die Entkriminalisierung von vermeintlichen Verleumdungen gefordert und wiederholt darauf hingewiesen, dass eine Inhaftierung bei derartigen Anklagen keine angemessene Strafe darstellt. Die Organisation ist der Ansicht, dass Strafanzeigen gegen Antikorruptionsaktivist\_innen und Journalist\_innen nicht nur die Arbeit dieser Menschen kriminalisieren, sondern auch ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit verletzen. Zudem werden durch solche Anzeigen die öffentliche Kritik an Beamt\_innen und die Rechenschaftspflicht untergraben.

Durch die COVID-19-Pandemie haben sich die Risiken für die Gesundheit der im Niger inhaftierten Personen stark erhöht.

## **HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Samira Sabou war Mitarbeiterin der Zeitung *Le Sahel*, die vom Nationalen Büro für Verlagswesen und Presse (ONEP, *Office National d'Édition*) verwaltet wird. Nachdem die Journalistin im Oktober 2017 ein Foto von sich gepostet hatte, auf dem sie den Präsidenten Mahamadou Issoufou nachahmt, wurde sie entlassen. Auf Druck der Behörden nahm Samira Sabous Redakteur ihr das Telefon ab und löschte das auf Facebook gepostete Bild. Am 17. Februar 2020 kam ein Gericht in Niamey zu der Auffassung, dass Samira Sabous Entlassung seitens der ONEP rechtswidrig gewesen war und forderte ihren Arbeitgeber auf, ihr eine Entschädigung in Höhe von umgerechnet rund 4.000 Euro zu zahlen.

Eine Überprüfung des nigrischen Verteidigungsministeriums hatte zu Vorwürfen hinsichtlich zu hoch veranschlagter Verträge und der Unterschlagung von Milliarden CFA-Franc geführt, die eigentlich für den Kauf militärischer Ausrüstungsgegenstände im Kontext der Terrorismusbekämpfung in den Jahren 2017 bis 2019 eingeplant gewesen waren.

Einer Erklärung des Regierungssprechers zufolge wurden bei der Prüfung Mängel bei den Beschaffungsverfahren sowie bei der Überwachung der Einkaufsvorgänge selbst festgestellt.

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
Urgent Actions  
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin  
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: [ua-de@amnesty.de](mailto:ua-de@amnesty.de) . W: [www.amnesty.de/ua](http://www.amnesty.de/ua)

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00  
BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



Seit März 2020 haben zivilgesellschaftliche Akteur\_innen in den sozialen Medien und auf Demonstrationen die im geleakten Prüfungsbericht offenbarten Tatsachen angeprangert und darüber hinaus die Eingriffe der Regierungsbehörden in das entsprechende Gerichtsverfahren kritisiert sowie eine strafrechtliche Verfolgung der mutmaßlich Verantwortlichen gefordert.

Seit Jahresbeginn hat Amnesty International 27 Festnahmen von Aktivist\_innen, Gewerkschafter\_innen, Journalist\_innen und Kritiker\_innen im Niger verzeichnet. Unter diesen sind 17 Antikorruptionsaktivist\_innen, die sich zu den Bestechungsvorwürfen im Verteidigungsministerium geäußert hatten.

Zwischen dem 15. und 17. März wurden in der nigrischen Hauptstadt Niamey sieben Aktivist\_innen festgenommen, weil sie am 15. März eine Protestveranstaltung organisiert hatten, um Ermittlungen im Fall der Unterschlagungen im Verteidigungsministerium und die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen zu fordern.

Im Niger werden Aktivist\_innen häufig auf der Grundlage des Gesetzes über Internetkriminalität drangsaliert und eingeschüchtert. Von März bis Mai 2020 wurden mindestens vier Aktivist\_innen unter diesem Gesetz festgenommen und angeklagt.

### **SCHREIBEN SIE BITTE**

#### **E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Veranlassen Sie bitte umgehend alle notwendigen Schritte, um die Rechte aller Menschen, einschließlich der Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit, zu wahren und uneingeschränkt zu schützen, indem Sie alle Anklagen gegen Samira Sabou unverzüglich fallen lassen.
- Lassen Sie Samira Sabou bitte umgehend und bedingungslos frei, da sie sich nur deshalb in Haft befindet, weil sie von ihren Menschenrechten Gebrauch gemacht hat. Sorgen Sie bitte dafür, dass sie bis zu ihrer Freilassung regelmäßigen und uneingeschränkten Kontakt mit ihrer Familie und einem Rechtsbeistand ihrer Wahl aufnehmen kann. Sollten persönliche Besuche aufgrund von COVID-19 nicht möglich sein, so müssen diese durch andere Kontaktmedien ersetzt werden, zum Beispiel Telefon, E-Mail oder Videoanrufe.
- Beenden Sie bitte die Schikanierung und Einschüchterung von Menschenrechtler\_innen, Antikorruptionsaktivist\_innen und Journalist\_innen und sorgen Sie überdies dafür, dass ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit geachtet, geschützt und gefördert werden.

#### **APPELLE AN**

##### **JUSTIZMINISTER UND REGIERUNGSSPRECHER DES NIGER**

Mr. Marou Amadou  
Boulevard du Djermaganda BP 466  
Niamey, NIGER  
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)  
**Fax: (00 227) 20 72 37 77**  
**E-Mail: marou\_amadou2000@yahoo.fr**

#### **KOPIEN AN**

##### **BOTSCHAFT DER REPUBLIK NIGER**

S. E. Herrn Souleymane Issakou  
Machnower Straße 24  
14165 Berlin  
**Fax: 030-805 896 62**  
**E-Mail: ambaniger@t-online.de**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Französisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **19. August 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- I urge you to act swiftly to uphold and ensure full protection of the rights of everyone including the rights to freedom of expression and association by immediately dropping all charges against Samira Sabou which Amnesty International considers to be motivated by political interest.
- I urge you to immediately and unconditionally release Samira Sabou from detention as she is detained solely for exercising her human rights. Pending her release, the authorities should ensure that she has regular and unrestricted access to her family and a lawyer of her choice. If contact visits are restricted due to COVID-19 preventive measures, there should be alternative communications facilities, for example, by phone, emails or video calls.
- I ask you to end the harassment and intimidation of human rights defenders, anti-corruption activists and journalists and respect, protect and promote their rights to freedom of expression and association.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## **FORSETZUNG – HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Ali Idrissa, der Koordinator des Netzwerks der Organisationen für Transparenz und Analyse des Haushalts (*Réseau des organisations pour la transparence et l'analyse budgétaire*) und Vorsitzender einer zivilgesellschaftlichen Organisation, musste am 9. April auf einer Polizeiwache erscheinen, nachdem der ehemalige Armeestabschef Anzeige erstattet hatte. Ihm wurde in Verbindung mit dem Korruptionsskandal um das Verteidigungsministerium Verleumdung vorgeworfen. Am 14. April wurde er gegen Kautionsfreilassung freigelassen. Die Anklagen gegen ihn lauten auf „Verleumdung des Armeegenerals und der Ehefrau des ehemaligen Stabschefs“ sowie „Verbreitung von Informationen, die die öffentliche Ordnung stören könnten“ und basieren auf dem Gesetz über Internetkriminalität.

